

FACHAUSSCHUSS XI MOBILITÄT SPD BERLIN

Einstimmig beschlossen in der FA-Sitzung am 06.10.2021

Antrag

Koalitionspartner*innen demokratisch auswählen - Menschengemachten Klimawandel und zwingend notwendige Mobilitäts- und Verkehrswende ernstnehmen, Verlässlichkeit für fortschrittliche Politik demonstrieren

Der Landesvorstand möge beschließen:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Klimawandel, zu dem auch der straßengebundene Verkehr erheblich beiträgt, wird in Deutschland und Berlin mit jedem Jahr spürbarer. Zu dessen Bekämpfung wie zur Anpassung daran wurden in der letzten Legislaturperiode wichtige Projekte angeschoben und realisiert, die auch maßgeblich auf die SPD zurückgehen. Diesen Weg müssen wir als Berliner SPD nach der Wahl kontinuierlich fort- und umsetzen, denn nur die SPD steht für eine sozial verträgliche und nachhaltige Entwicklung Berlins.

Dazu gehört, dass wir die Klimanotlage, die unbestritten ist, ernst nehmen und die klimaneutrale Stadt bis spätestens 2045 realisieren. Gleichzeitig ist es zwingend notwendig, dass wir Berlin als Metropole für gutes Leben, Arbeiten und Wohnen für alle erhalten und weiterentwickeln.

Wir müssen weiterhin

- unserer Verantwortung für die städtische Daseinsvorsorge, auch durch den Ausbau des Umweltverbundes und des barrierefreien, klimaschonenden und sicheren öffentlichen Nahverkehrs, nachkommen;
- dafür sorgen, dass die nutzungsgerechte Neuaufteilung des öffentlichen Raums klimaverträglich gefördert wird;
- durch Verkehrsvermeidung den Freizeit- und Erholungswert in unserer sich stark verdichtenden Stadt gewährleisten.

Die SPD Berlin muss Verlässlichkeit demonstrieren - als Regierungspartei und als Koalitionspartnerin. Sie kann deshalb nur mit solchen demokratischen Parteien eine Koalition eingehen, die diesen Weg zuverlässig und erfolgreich in der nächsten Legislatur mitgehen wollen. Das geht nur mit einer Koalition aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE.

Auch Koalitionsbildung bedarf selbstverständlich einer innerparteilichen demokratischen Entscheidung. Die Beteiligung der Partei kann sich nicht allein auf eine Zustimmung oder Ablehnung eines Koalitionsvertrages reduzieren. Deshalb muss es zur Koalitionsfrage eine Mitgliederbefragung geben. Das Mitgliedervotum hat dann als Vorlage für den Landesparteitag zu dienen.